

Jürgen Oelkers

Die unterschiedlichen Schulentwicklungen in Europa ^{)}*

Politische Debatten über Schulreform sind in Deutschland oft nur Debatten über das Gymnasium, und sie konzentrieren sich auf die Frage, ob die Abiturientenquote zu hoch oder zu niedrig ist. Das gilt ähnlich auch für die Schweiz; das unlängst von den Akademien der Wissenschaften herausgegebene Weissbuch *Zukunft Bildung Schweiz* ist da nur das letzte Beispiel. Die Zukunft wird von den Tertiärabschlüssen abhängig gemacht, was unmittelbar eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der „Akademisierung“ der Berufsbildung und so des Vordringens der gymnasialen Bildung ausgelöst hat. Übersehen wird dabei, dass der Schultyp des Gymnasiums im Sinne eines konsekutiven, stufenübergreifenden Lehrgangs mit hoher Eingangs- und Verlaufsselektion nur noch im deutschen Sprachraum sowie in einigen Ländern der EU und der ehemaligen Sowjetunion vorhanden ist.¹

Gymnasien als Schultyp eigens für das Bürgertum mit eigenen Vorklassen gab es bis Mitte des 20. Jahrhunderts im gesamten europäischen Bildungsraum. Sie sind zuerst in Skandinavien zugunsten von integralen Gesamtschulen aufgelöst worden, 1959 in Norwegen, 1962 in Schweden und 1968 in Finnland.² Im europäischen Vergleich haben sich gestufte Systeme durchgesetzt, die die früheren Schultypen abgelöst haben. Schultypen sind Säulen und bestehen nebeneinander, Schulstufen vereinigen verschiedene Jahrgänge und sind oft integral organisiert (Oelkers 2008). Die früheren Schultypen finden sich heute verschiedentlich als Stufenbezeichnungen neben anderen, etwa wenn in deutschen Schulgesetzen von der „gymnasialen Oberstufe“ als einem Zweig der Sekundarstufe II die Rede ist.

Gymnasien sind also nicht die Hauptsache, gerade in der Schweiz nicht, wo traditionell die tragende Achse des Bildungssystems im Verhältnis von Volksschule und Berufsbildung gesehen wird. Dass das Gymnasium die Bildungsdebatten in den deutschsprachigen Ländern beherrscht, hängt auch damit zusammen, dass hier Akademiker mit Akademikern diskutieren. Aber wenn wir über Schulentwicklung urteilen wollen, dann

^{*)} Vortrag in einem Workshop der Fachtagung „sechsjährige Primarschule“ am 21. April 2010 in der Universität Hamburg.

¹ Daten zum Folgenden nach Döbert/Hörner/von Kopp/Mitter (2002). Zudem verwende ich die Daten von *Eurydice*: <http://www.eurydice.org/> In beiden Fällen wird die Zitation der Daten nicht eigens erwähnt.

² Die allgemeine Volksschule (*folkskolan*) wurde in Schweden 1842 eingeführt. 1950 beschloss das Nationale Erziehungskomitee die Einführung der neunjährigen *grundskola*, die 1962 vom Schwedischen Parlament beschlossen wurde. Diese Gesamtschule löste ein fünffach gegliedertes obligatorisches Schulsystem ab. Mit zwei Schulgesetzen von 1935 und 1959 wurde in Norwegen eine zunächst siebenjährige Einheitsschule (*grunnskole*) eingeführt, die das dreigliedrige System der höheren Schule ablöste. Die fünfjährige *folkeskole* (1.- bis 5. Klasse) bestand seit 1896. Heute besuchen die Schülerinnen und Schüler neun Jahre lang eine gemeinsame Schule. 1968 beschloss das finnische Parlament die Einführung einer integralen Pflichtschule, die eine zweifach gegliederte Sekundarstufe ablöste. Zwischen 1972 und 1977 wurde die finnische Gesamtschule aufgebaut, die von der 1. bis zur 9. Klasse einen gemeinsamen Unterricht für alle besorgt.

muss das ganze Bildungssystem, von der ersten bis zur letzten Stufe, in den Blick genommen werden.

Und hier zeigen sich im europäischen Vergleich grosse Unterschiede. Anders als beim Euro: Eine gemeinsame Währung „Bildung“ gibt es nicht. Aus Schweizer Sicht könnte man auch sagen, die Bürokraten aus Brüssel haben kein Gewicht. Als Deutscher in der Schweiz könnte ich hinzufügen, dass die deutsche Bildungsbürokratie sich neu erfinden muss, wenn das wirklich ein Vorteil sein soll. Wie immer, mein Vortrag wird zeigen, dass kein abgestimmter „Bildungsraum Europa“ vorhanden ist und dass auch in Zukunft die nationalen Systeme dominieren werden, so dass wir mit ganz unterschiedlichen Entwicklungen rechnen müssen, was Gemeinsamkeiten und Annäherungen nicht ausschliesst.

Im Folgenden werde ich zunächst einige Eckdaten vorstellen, an denen deutlich wird, wie unterschiedlich die Bildungssysteme in Europa sind (1). In einem zweiten Schritt gehe ich auf drei wichtige EU-Länder ausserhalb des deutschen Sprachraums näher ein, nämlich England, Frankreich und Italien (2). Dann werfe ich einen kurzen Blick auf die Privatschulen (3). Viertens thematisiere ich die Situation in Skandinavien, wo ja die Gesamtschulen als besonders vorbildlich gelten (4). Abschliessend komme ich dann auf deutsche Daten und langfristige Trends in der Schulentwicklung zu sprechen (5).

1. Einige Eckdaten aus Europa

Die erste Stufe beginnt in den verschiedenen Bildungssystemen Europas zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt, zumeist aber mit dem vierten Lebensjahr, gelegentlich auch früher. Die Dauer ist ebenfalls unterschiedlich lang, beträgt aber nicht unter zwei Jahre. Im europäischen Vergleich handelt es sich zumeist um dreijährige, nicht-obligatorische Kindergarten-Angebote, die ganz unterschiedlich ausgestattet sind und auch unterschiedlich genutzt werden. Die Nutzung steigt mit der Dichte des Angebots. Die französische *école maternelle*³ oder die englische *nursery school*⁴ sind de facto Teil der Schulpflicht, weil sie von vielen und da, wo es möglich ist, von fast allen Eltern genutzt werden. Der Kindergarten in der Schweiz ist dagegen an vielen Standorten ein knappes Angebot, das von vielen Eltern nicht oder erst spät genutzt werden kann.

Danach folgen überall weitere Stufen, wenn es Gymnasien in Europa ausserhalb des deutschen Sprachraums gibt, dann als Sekundarstufe II. Bildungsreformen werden daher auf das gesamte System bezogen und nicht auf einen einzelnen Schultyp. Der Vorrang des Gymnasiums hängt mit der deutschen Bildungsidee zusammen, die seit dem 18. Jahrhundert

³ Die *école maternelle* ist bereits 1881 in die Primarschule integriert worden. Sie geht auf Gründungen von Johann Heinrich Oberlin (1740-1826) im Elsass zurück und war nie Kindergarten. 1910 wurden in den verschiedenen französischen Departementen eigene Inspektorate für die *écoles maternelles* eingerichtet. 1920 wurde ein Vorschullehrplan verabschiedet. Die Schulen expandieren seit etwa sechzig Jahren. Die Eltern erhalten auf Antrag Unterstützung durch die Gemeinden.

⁴ Der ältere Ausdruck *nursery school* stand für ein Angebot im Vorschulbereich, zu dem die lokalen Behörden (Local Education Authorities) nicht generell verpflichtet waren. Die Gesetze schrieben nur vor, Angebote für zwei- bis fünfjährige Kinder mit „special needs“ bereit zu stellen. Dennoch gab es in vielen Schuldistrikten ein relativ dichtes Angebot im Vorschulbereich. Der *School Standards and Framework Act* von 1998 verpflichtet die lokalen Behörden, für alle Kinder ab dem vierten Lebensjahr an fünf Schultagen zweieinhalb Stunden Vorschulunterricht anzubieten, sofern die Eltern dies wünschen. Im April 2004 ist die Berechtigung, freie Plätze wählen zu können, auf die Dreijährigen ausgedehnt worden. Die Vorschule ist kostenpflichtig, aber die Eltern erhalten auf Antrag finanzielle Unterstützung von den lokalen Behörden.

immer gymnasial und so elitär war, heute jedoch nicht mehr in die europäische Bildungswirklichkeit zu passen scheint. Das zeigt ein Vergleich der Eckdaten der nationalen Bildungssysteme, die unterschiedlich sind, sich jedoch im Blick auf das Merkmal der Stufung angenähert haben.

Das europäische Schulobligatorium⁵ beträgt durchgehend neun, in verschiedenen Ländern auch acht und in wenigen Ländern mehr als neun Jahre. Es umfasst mindestens die Primarstufe und die Sekundarstufe I.

- Acht Pflichtschuljahre sehen vor Albanien, Italien, Kroatien, Polen und die Türkei.
- Zehn Pflichtschuljahre gibt es in Bulgarien, Frankreich, Island, Moldawien, Spanien und Ungarn.
- England und Wales sowie Malta kennen elf Pflichtschuljahre und Belgien zwölf.
- Alle anderen Systeme in Europa haben neun Pflichtschuljahre.

Sonderfälle sind in dieser Hinsicht die Niederlande und Deutschland. Die Niederlande verlangen neben den zwölf Pflichtschuljahren noch ein zusätzliches Jahr Lehrpflicht, die dem nahe kommt, was in Deutschland Berufsschulpflicht genannt wird. Auch in den Niederlanden endet das gesamte Obligatorium mit dem 18. Lebensjahr. In der Schweiz dauerte die Schulpflicht bis zum HarmoS-Konkordat neun Jahre, nunmehr wird sie auf elf Jahre ausgedehnt, so dass sie die Kindergartenstufe mit umfasst. Die meisten Kantone bieten ein freiwilliges zehntes - nunmehr zwölftes - Schuljahr an, eine allgemeine Berufsschulpflicht besteht nicht.

Die Einschulung beginnt im europäischen Vergleich durchgehend mit dem 6. oder dem 7. Lebensjahr. Die spätere Form der Einschulung mit dem 7. Lebensjahr kennen alle skandinavischen Bildungssysteme sowie die baltischen Staaten mit Ausnahme von Litauen. Einschulung mit dem 5. Lebensjahr kennen England und Wales sowie Malta, nicht jedoch Irland. Noch früher schulen die Niederlande ein. Die holländische Primarschule ist konzipiert für Kinder von vier bis zwölf Jahren, die Kinder können ab vier Jahren die Primarschule besuchen, Schulpflicht besteht aber erst mit dem 5. Lebensjahr. Bis zum Besuch der Primarschule gibt es ein grosszügiges Angebot von Kindertagesstätten für Kinder von sechs Wochen bis vier Jahren. Unterhalt und Aufsicht der Schulen liegen, ähnlich wie in der Schweiz, bei den Gemeinden.

Die Primarstufe ist in den verschiedenen Bildungssystemen unterschiedlich organisiert. Sie umfasst zwischen vier und sechs Jahre, ist in Teilen gestuft, in Teilen einzügig, jedoch in aller Regel nicht gegliedert. Ausnahmen sind Systeme wie die Russische Föderation, in denen es zu keinem Zeitpunkt einen gemeinsamen Unterricht für alle Kinder gibt. Spezialschulen, Gymnasien und allgemeinbildende Schulen bilden eigene Säulen von der ersten bis zur letzten Klasse. Ähnlich sind die Schulen in der Ukraine und in Weissrussland organisiert. Historisch gesehen sind dies die letzten Systeme mit eigenen gymnasialen Vorschulen und einer Schuleingangsselektion. Die meisten Bildungssysteme sehen dagegen eine gemeinsame Verschulung über die Primarschule hinaus vor.

⁵ Unter einem „Schulobligatorium“ wird allerdings Verschiedenes verstanden. In Ländern wie Österreich, Frankreich oder England gibt es keine Schul-, sondern nur eine Unterrichtspflicht. In Deutschland gliedert sich die Schulpflicht in eine Vollzeitschulpflicht und eine Berufsschulpflicht. Die Vollzeitschulpflicht dauert neun und in manchen Bundesländern zehn Jahre, die Berufsschulpflicht reicht bis zum 18. Lebensjahr.

Auch die Sekundarstufen I und II sind unterschiedlich lang. Sie umfassen zwischen drei und fünf Jahre. Die Sekundarstufe I gliedert sich nur noch in wenigen Ländern wie Belgien, Deutschland, Irland, Lichtenstein, Luxemburg, Österreich oder der Schweiz nach unterschiedlichen Schultypen, die die Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs dauerhaft absondern. Viele Systeme kennen aber eine Unterteilung nach Leistungsniveaus, die eine interne Selektion darstellen. Ein Sonderfall sind wiederum die Niederlande. Sie führen die Basisschule von der 2. bis zur 8. Klasse für alle Schülerinnen und Schüler gleich. Der Primarbereich dauert bis zum Abschluss der achten Klasse, danach werden drei unterschiedlich lange Lehrgänge im Sekundarbereich⁶ angeboten, wobei die aufnehmende Schule darüber entscheidet, wer für den Lehrgang zugelassen wird und wer nicht.

Die Sekundarstufe II gliedert sich nach der Richtung des Abschlusses, also Berufsausbildungen einerseits, Hochschulausbildungen andererseits. Hier finden sich in *allen* Systemen gymnasiale Abteilungen, die geschlossene Lehrgänge von zumeist drei Jahren anbieten und auf Hochschulstudien vorbereiten. Aber auch hier ist die Variation gross. Das dänische System sieht als Regelfall drei Jahre Gymnasium vor, das mit der allgemeinen Hochschulberechtigung abgeschlossen wird. In England und Wales ist eine zweijährige Oberstufe vorgesehen, die mit einer Spezialisierung des Curriculums auf die Universitätsstudien vorbereitet. Der Abschluss der Oberstufe ist aber nicht mit einer pauschalen Berechtigung verbunden. Über die Aufnahme entscheiden anders als in der Schweiz die Universitäten.

Auch in Spanien gibt es eine zweijährige Gymnasialstufe mit sechs Profilen, die auf Universitätsstudien vorbereitet und an eine zehnjährige Gesamtschule anschliesst. Die *Educacion Secundaria Obligatoria* umfasst vier Jahre und schliesst mit einer Berechtigung ab, die *Graduado en Educacion Secundaria* genannt wird. Sie erhalten nur diejenigen Schülerinnen und Schüler, die alle Anforderungen (Standards) erfüllen. Damit verbunden ist eine Berechtigung für die Gymnasialausbildung oder die Aufnahme in eine Berufsschule.⁷ Zwei Jahre Gymnasialausbildung auf der Sekundarstufe II finden sich daneben noch in Georgien, Irland und Malta, drei Jahre sind die nordeuropäische Durchschnittsnorm,⁸ vier Jahre kennen verschiedene kontinentaleuropäische Systeme.

Interessant für den Vergleich mit Deutschland oder der Schweiz sind Bildungssysteme, die mehr als vier Jahre Gymnasialzeit abverlangen und die diese Zeit nicht nur für die Sekundarstufe II vorsehen.

- In Belgien erfolgt die Selektion der Schülerinnen und Schüler in sechsjährige Gymnasien nach der Primarschule, also nach dem sechsten Schuljahr.
- In Lichtenstein und Luxemburg gibt es siebenjährige Gymnasien als Typus der Sekundarstufe I und II,
- in Deutschland und Österreich sind dies Schulen mit einer Dauer von nunmehr nahezu einheitlich acht Jahren.
- Die Niederlande kennen sechs Jahre vorbereitende wissenschaftliche Bildung nach der achten Klasse.

⁶ Es gibt eine vorbereitende mittlere Berufsbildung, die vier Jahre dauert, eine höhere allgemeine Bildung mit fünf und eine vorbereitende wissenschaftliche Bildung mit sechs Jahren Dauer.

⁷ Wer in Spanien keine Berechtigung erhält, weil nicht alle Anforderungen erfüllt wurden, bekommt ein Abschlusszeugnis mit den erreichten Punktzahlen in den einzelnen Fächern. Für die Eingliederung dieses Leistungssegments stehen Hilfen zur Verfügung.

⁸ Eine dreijährige Gymnasialdauer gibt es aber auch in Frankreich oder in Griechenland, während Island vier Jahre vorsieht.

Gymnasien mit einer Dauer zwischen vier, sechs und acht Jahren gibt es in der slowakischen und der tschechischen Republik. Die längste Gymnasialzeit sieht die Türkei vor mit zehn, bzw. elf Jahren Schuldauer in verschiedenen Formen von Lyzeen.

Die Grundstruktur der Stufung setzt also vielfältige nationale Varianten voraus. Gymnasiale Formen gibt es in Skandinavien nur noch als dreijährige Lehrgänge der Sekundarstufe II, in Italien als eigene Schulen nach der Mittelschule, in Frankreich wiederum als Teillehrgänge und in England als Niveau des Abschlusses. Im deutschen Sprachraum werden Gymnasien als Schultypen mit eigenen konsekutiven Lehrgängen über die beiden Sekundarstufen hinweg geführt.

- Eine Besonderheit der Schweiz liegt darin, dass beide Möglichkeiten zugelassen werden, gymnasiale Formen nur auf der Sekundarstufe II und solche, die stufenübergreifend angelegt sind.
- Die Kurzzeitgymnasien entsprechen den beiden Hauptvarianten, nämlich dem vier-, bzw. dem dreijährigen Gymnasiallehrgang auf der Sekundarstufe II.
- Die „Langzeitgymnasien“ mit einer Dauer von fünf bis sieben Jahren entsprechen stufenübergreifenden Lehrgängen, die allerdings in der Regel ein oder zwei Jahre länger dauern.

Strukturell gesehen kann von einer Anomalie des Schweizerischen Systems im europäischen Vergleich also nicht gesprochen werden. Weder gibt es eine frühe Selektion nach der vierten Klasse wie in Deutschland oder in Österreich noch wird auf jegliche Selektion verzichtet wie in skandinavischen Gesamtschulen. Alle europäischen Bildungssysteme führen gymnasiale Formen schulischer Lehrgänge mindestens auf der Sekundarstufe II. Oft sind dabei vier Jahre Ausbildungszeit vorgesehen, also die Dauer, die auch die meisten Schweizer Kurzzeitgymnasien abverlangen. Die sechsjährigen Langzeitgymnasien liegen unterhalb der Norm in Deutschland und entsprechen in etwa dem, was in Belgien oder den Niederlanden als Gymnasialzweig vorgesehen ist.

Die Selektivität der Systeme im Blick auf die Gymnasialstufe ist ganz unterschiedlich, in Schweden setzen 98% eines Schülersgangs die Ausbildung auf der *gymnasieskola* fort,⁹ die allerdings 17 verschiedene nationale Programme anbietet, also die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler intern löst. Die Programme sind organisiert um acht obligatorische Zentralfächer.¹⁰ Das Abschlusszeugnis berechtigt zum Hochschulstudium, aber nur ein Viertel der Absolventinnen und Absolventen beginnt ein Studium, die knappen Studienplätze werden nach den Zeugnisprofilen und den Ergebnissen von Eingangstests verteilt. Zum Vergleich: In Ungarn beginnen in einem selektiven System auf den Sekundarstufen I und II¹¹ etwa 40% eines Jahrgangs mit einem Hochschulstudium. Im Blick darauf bieten Gesamtschulsysteme offenbar keine Vorteile. Auch sie müssen Anschlussselektionen beachten und auch sie haben eine Sättigungsgrenze vor Augen.

⁹ Der Übergang nach der *grundskola* in die Sekundarstufe II setzt ein nationales Abschlussexamen voraus. Damit verbunden ist das *slutbetyg*, das für den Besuch der Gymnasialzweige berechtigt.

¹⁰ Schwedisch als Zweitsprache, Englisch, Mathematik, Bürgerkunde (civics), Religion, Naturwissenschaften, Sport, Gesundheitserziehung und Kunst.

¹¹ Es handelt sich überwiegend um vier- oder sechsjährige Gymnasien. Achtjährige Lehrgänge stellen inzwischen die Ausnahme dar. Die sechs- und achtjährigen Gymnasien gehören zum Pflichtschulwesen und sind gleichwohl - wie die Schweizer Langzeitgymnasien - selektiv, nämlich entscheiden selbst, wen sie aufnehmen.

Der Abschluss gymnasialer Lehrgänge ist mit unterschiedlichen Berechtigungen verbunden. Die Grundform des Abiturs oder der Matur, die im 19. Jahrhundert im deutschsprachigen Bildungsraum entwickelt wurde, bescheinigt die allgemeine Hochschulreife und so den ungeteilten Zugang zu allen Universitäten und allen Studiengängen. Inzwischen kennen nur noch wenige europäische Bildungssysteme *keine* Zulassungsverfahren für den Hochschulzugang, darunter Österreich¹² und die Schweiz, soweit nicht-medizinische Studiengänge betroffen sind. Generelle Zulassungsverfahren der Universitäten gibt es im Vereinigten Königreich, in den baltischen Staaten und einer Reihe von kontinental- und osteuropäischen Ländern. Ausserhalb des englischen Sprachraums sind Zulassungsverfahren die Regel, die die Maturnoten mit Tests oder Interviews kombinieren. Die Universitäten entscheiden so über die Aufnahme ihrer Studierenden entweder selbst oder sind an der Aufnahme mit eigenen Anteilen zunehmend mehr beteiligt (Hödl 2002).¹³

Die Abschlüsse der Sekundarstufe II, soweit sie allgemeinbildend gehalten sind, verbinden sich im europäischen Vergleich mit unterschiedlichen Berechtigungen, aber nur noch im Ausnahmefall mit einer uneingeschränkten Hochschulreife, die *nicht* ergänzt werden muss durch besondere Fähigkeitsnachweise, die vor Aufnahme eines Studiums erbracht werden müssen. Das Maturitätszeugnis der Schweiz stellt für Studien im Ausland keine besondere Berechtigung dar, sondern unterliegt den dort je gegebenen Zulassungsverfahren. Umgekehrt gilt das nicht: Wer an einer ausländischen Universität zusätzliche Leistungen wie das Bestehen von Eingangstests erbringen muss, um studieren zu können, kann bei einem Wechsel in die Schweiz ohne diese Leistungen¹⁴ ein Studium aufnehmen, vorausgesetzt der gymnasiale Abschluss wird anerkannt. Insofern wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofes Auswirkungen auch in der Schweiz haben.

Aber nicht nur die Berechtigung am Ende der Sekundarstufe II stellt ein Problem dar. Ein genauerer Vergleich einzelner europäischer Systeme kann die Unterschiede noch mal mehr deutlich machen und die Besonderheit des Schweizerischen Bildungssystems beleuchten.

- Viele europäische Systeme sind wie in Frankreich oder Polen zentralistisch angelegt,
- einige wie in Deutschland auch föderalistisch,
- manche wie in England oder in Skandinavien kennen nationale Curricula, Tests und Examen,

¹² Die Bildungspolitik in Österreich hat inzwischen ein Urteil des europäischen Gerichtshofes vom 7. Juli 2005 zu beachten, wonach der Hochschulzugang ohne Diskriminierung geregelt sein muss. Gleiche Berechtigungen im EU-Raum müssen zu gleichen Zugängen führen. Bislang mussten in Österreich ausländische Studieninteressierte mit einem Maturitätsausweis einen Studienplatz in ihrem Heimatland nachweisen. Konkret hiess das, Studienbewerber, die in Deutschland in einem Numerus-Clausus-Fach abgewiesen wurden, konnten sich nicht an österreichischen Universitäten einschreiben. In der Folge des EUGH-Urteils werden in den analogen Numerus-Clausus Fächern Aufnahmeverfahren eingerichtet. Einen generellen österreichischen Numerus Clausus soll es nicht geben.

¹³ Als erstes deutsches Bundesland hat Baden-Württemberg mit dem Gesetz zur Änderung auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich vom 11. Dezember 2002 ein umfassendes Auswahlrecht der Hochschulen eingeführt. Basis der Auswahl sind die Noten in den Kernfächern des Abiturzeugnisses, daneben der Notendurchschnitt und aber auch weitere Merkmale wie Berufserfahrungen, Praktika oder ausserschulische Leistungen. Die Hochschulen können zusätzlich schriftliche Tests abverlangen, Auswahlgespräche durchführen oder auch Einzelnoten in weiteren Abiturfächern berücksichtigen, die Aufschluss über die Eignung für den Studiengang geben.

¹⁴ Ausgenommen Medizin.

- aber kein System vereinigt wie in der Schweiz hohe lokale Autonome auf der Ebene von Gemeinden mit föderativer Abstimmung auf der Ebene der Kantone,
- bei der auf zentrale Regelungen so weit wie möglich verzichtet wird.

Zudem gibt es im Vergleich keine Systeme mehr, die nach Abschluss der Sekundarstufe I die weitaus meisten Schülerinnen und Schüler in Berufslehren vermitteln. Das damit verbundene duale System der Berufsbildung ist in Europa - ausgenommen der deutsche Sprachraum - unbekannt.

2. England, Frankreich und Italien im Vergleich

Die Zugänge werden anders gelöst. Das zeigt ein Vergleich zwischen England, Frankreich und Italien, also Ländern, die sich gesellschaftlich und ökonomisch in etwa mit der Schweiz vergleichen lassen. In England besteht Unterrichtspflicht zwischen dem fünften und dem sechzehnten Lebensjahr.

- Die Schülerinnen und Schüler besuchen Vorschuleinrichtungen und danach *primary schools*.
- Die öffentlichen *secondary schools* in England sind fast durchgehend Gesamtschulen, die zwischen dem elften und dem sechzehnten Lebensjahr besucht werden.
- Diese Stufe heisst auch *general secondary school*. An sie angegliedert ist eine Oberstufe, die immer noch *sixth form* genannt wird.
- Daneben bestehen auch eigene *sixth form colleges* oder *further education colleges*.

Ungefähr 50% der Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren besuchen eine dieser Schulformen. Sie stellen das Angebot der Sekundarstufe II dar. Die *sixth form* dauert zwei Jahre, bereitet auf das Universitätsstudium vor und schliesst mit dem A-Level-Examen ab. *Further-education colleges* (FE Colleges) machen sowohl allgemeinbildende als auch berufsbildende Angebote, aber haben kein vergleichbares Abschluss-Level.

1944 wurde in England ein dreigliedriges, selektives Schulsystem eingeführt, das von den sozialistischen Regierungen in den sechziger Jahren in ein System der Comprehensive Schools umgewandelt wurde. Träger der Schulen in England sind die Local Education Authorities (LEA). Nur wenige dieser Träger haben an einem gegliederten System festgehalten. *Grammar schools*, vergleichbar den Gymnasien im deutschen Sprachraum,¹⁵ gibt es noch in einer Gesamtzahl von 166 Einheiten, davon die meisten in den Grafschaften Kent und Medway (Vertiefender Vergleich 2003, S. 48ff.).

- Alle andern öffentlichen Schulen im obligatorischen Bereich sind Gesamtschulen.
- Daneben gibt es einen vergleichsweise grossen Sektor von privaten *Boarding Schools* und privaten *Day Schools*.

¹⁵ *Grammar schools* sind Sekundarschulen, die zwischen dem elften und dem achtzehnten Jahr besucht werden. Sie setzten nach dem Gesetz von 1944 Aufnahmeprüfungen voraus und schlossen mit dem Eleven-plus-Examen ab. Daneben bestanden Secondary Modern Schools, die auf praktische Berufe vorbereiten sollten.

- Berufsschulen im Schweizer Sinne gibt es nicht, das Vocational Training erfolgt an den FE-Colleges oder in berufsvorbereitenden Kursen.

In Frankreich beginnt die Schulpflicht mit dem sechsten und endet mit dem sechzehnten Lebensjahr. Die fünfklassige Primarschule schliesst an die freiwillige *école maternelle* an.¹⁶ Vorher gibt es Angebote für Lerngruppen ab dem zweiten Lebensjahr, die örtlich allerdings sehr verschieden sind.¹⁷ Nach der Primarschule wechseln die Schülerinnen und Schüler ins *collège*. Diese Stufe stellt eine Gesamtschule dar und umfasst die Klassen sechs bis neun, also vier Jahre.

- Die Stufe ist in sich gegliedert in eine einjährige Beobachtungs- und Anpassungsphase, eine zweijährige Konsolidierungsphase und eine einjährige Orientierungsphase für die weitere Schullaufbahn.
- 95% der Schülerinnen und Schüler schliessen das *collège* mit einem landesweiten Examen - dem *brevet* - ab.
- Bis dahin gibt es faktisch keine Selektion, die Verschulung ist durchgehend egalitär.

Die Absolventen des *collège* wechseln in ein *lycée* und setzen also ihren Schulbesuch auf der Sekundarstufe II fort. Betriebliche Lehren nach Abschluss der Sekundarstufe I verbunden mit einem dualen System sind unbekannt. Berufliche Ausbildungsgänge schulischer Art werden auf der Sekundarstufe II angeboten, aber sie setzen eine Negativauslese voraus.

- Nach der zweiten Klasse des *collèges* werden die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler auf berufliche Bildungswege hin ausgerichtet, was einem Abstieg gleichkommt.
- Das Ziel der Eltern und auch der Kinder ist, nach dem *collège* ein *lycée* zu besuchen, um das *baccalauréat* zu bestehen und so die Studienberechtigung zu erwerben.
- Nur wer dieses Ziel nicht erreicht, beginnt eine Berufsausbildung, die in aller Regel als Vollzeitverschulung in *lycées professionnels* organisiert ist, also keine Lehre kennt.
- Höhere Berufsausbildungen werden oft genutzt, um das System der Baccalauréat-Abschlüsse doch noch zu erreichen.¹⁸

Das *lycée* umfasst die Klassen zehn bis zwölf. Es gibt zwei grundlegende Arten, das allgemeinbildende und das berufsbildende *lycée*. Beide schliessen mit einer gleichwertigen Berechtigung ab, im ersten Fall mit dem *baccalauréat générale*, im zweiten Fall mit dem *baccalauréat professionnel*. Im allgemeinbildenden *lycée* wird die Ausbildung mit dem elften Schuljahr differenziert in einen allgemein bildenden und einen technologischen Lehrgang.

¹⁶ Die *école maternelle* beginnt mit dem dritten Lebensjahr, sie liegt ausserhalb der staatlichen Schulpflicht, stellt aber ein flächendeckendes staatliches Angebot dar, das inzwischen fast 90% der Eltern nutzt. Im September 2004 besuchten 6.615.900 Schülerinnen und Schüler die *écoles maternelles*. Ähnlich ist die Situation in Finnland. Über 90% der Sechsjährigen besuchen die freiwillige einjährige Vorschule (*Esikoulu*) und fast alle Eltern nutzen das ausgebaute Kindergartenangebot.

¹⁷ Im Schulbezirk (*académie*) von Rennes besuchten im Jahre 2004 68.3% der Zweijährigen eine schulische Lerneinrichtung, im Bezirk Orléans-Tours waren es 27.1%, in Paris 11.4% und am Oberrhein 5%. Mit dem Stichtag 26. Dezember 1996 sind in Frankreich dreissig *académies* eingerichtet worden, die die regionalen Bildungsangebote koordinieren.

¹⁸ Das *baccalauréat professionnel* kann nach der Berufsausbildung auf verschiedenen Wegen angestrebt werden, es gibt dafür auch „Übergangsklassen“.

- Der erste führt zum *baccalauréat général* und kennt drei Profile, ein sprachliches, ein wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliches und ein mathematisch-naturwissenschaftliches.
- Der zweite Lehrgang führt zu einem *baccalauréat technologique* oder zu einem *brevet de technicien*.
- Auch im *lycée professionnelle* können verschiedene Abschlüsse erworben werden, neben dem *baccalauréat professionnel* sind dies ein berufsbildendes Zertifikat (CAP) und ein berufsbildendes Diplom (BEP).¹⁹

Die Abschlussexamen, die zu einem Hochschulstudium berechtigen, sind zentral geregelte, nationale und anonyme Prüfungen, die einen hohen kulturellen Symbolwert haben. Die Schulen nehmen also keine eigenen Prüfungen ab. Auch die Auswertung erfolgt zentral und nach einheitlichen Massstäben. Im Jahre 2000 machten mehr als 60 Prozent aller Schüler einer Alterskohorte einen *baccalauréat*-Abschluss, die meisten den *baccalauréat général*; das Bildungsrahmengesetz von 1989 sah einen Anstieg der Quote auf mindestens 80 Prozent vor, die Quote betrug im Jahr 1970 noch 20 Prozent (Lauer 2003). Alle Schüler mit einem *baccalauréat*-Abschluss sind studienberechtigt, aber wenn sie ein Studium beginnen wollen, sehen sie sich unterschiedlichen Formen von Ausleseverfahren gegenüber (Vertiefender Vergleich 2003, S. 60ff.). Und wer an einer der *Grandes Ecoles* studieren will, muss eine Aufnahmeprüfung bestehen und dafür zwei Jahre gymnasiale Oberstufe nachholen.

Die Universitätsabschlüsse haben einen sehr unterschiedlichen Verwendungswert. Die besten Chancen vergeben bestimmte *grandes écoles* wie die *Ecole normale supérieure* in Paris; sie haben sehr strenge Aufnahmeverfahren und sind hoch selektiv.²⁰ Die mit dem Abschluss gegebenen Chancen haben auch mit dem Typ des *baccalauréat* zu tun. Die allgemeine Studienberechtigung, die mit allen *Baccalauréat*-Abschlüssen gegeben ist, besteht nur formal. Faktisch besteht ein enger Zusammenhang zwischen Maturtyp und Studienfach. Zwar kennen die meisten französischen Universitäten keine Eingangsprüfungen, wohl aber eine interne Selektion. Wer über ein *baccalauréat général* verfügt, besteht oft die *classes préparatoires* der naturwissenschaftlichen Studiengänge nicht, die mit vergleichsweise guten Berufsaussichten verbunden sind. Das französische System ist so egalitär und zugleich hoch selektiv.

In Italien gibt es nur eine achtjährige Schulpflicht, die identisch ist mit dem Besuch einer zweiteiligen Gesamtschule, der *Scuola elementare* (erste bis fünfte Klasse) und der *Scuola media* (sechste bis achte Klasse).

- Die *Scuola media* schliesst mit einer Prüfung ab.
- Danach wechseln konstant 80% der Schülerinnen und Schüler in die *Scuola secondaria superiore*.
- Diese Stufe ist gebührenpflichtig, dauert in der Regel fünf Jahre und kennt drei Gymnasialzweige, die eigene Schulformen darstellen, das altsprachliche

¹⁹ Das CAP (certificat d'aptitude professionnelle) kann in drei Jahren nach dem zweiten collège-Jahr oder in zwei Jahren nach dem vierten collège-Jahr erworben werden. Es qualifiziert für eng definierte berufliche Tätigkeiten. Das BEP (brevet d'études professionnelle) kann in zwei Jahren nach der vierten collège-Klasse erworben werden und stellt eine umfangreichere Qualifikation dar (Lauer 2003, S.6).

²⁰ Die *Conférence des Grandes Ecoles Française* listet über 180 Schulen auf, die landesweit verteilt sind. (Vgl. <http://www.cge.asso.fr>) Nicht alle dieser Schulen sind staatliche Elitehochschulen. Daneben gibt es in Frankreich 86 Universitäten sowie drei nationale Polytechnische Institute.

Gymnasium (*liceo classico*), das neusprachliche Gymnasium (*liceo linguistico*) und das naturwissenschaftliche Gymnasium (*liceo artistico*).

Daneben besteht die Form des künstlerischen Gymnasiums (*liceo artistico*), des Konservatoriums (*conservatori di musica*) sowie der Fachschule für Kunst (*istituti d'arte*). Ergänzt wird das Angebot durch technische und berufliche Fachschulen sowie Institute der Ausbildung von Elementarlehrkräften und Kindergärtnerinnen.²¹

Die Ausbildung in den technischen und beruflichen Fachschulen führt zur gleichen Berechtigung wie die Ausbildung in den Gymnasien, nämlich zur *maturità* oder zur allgemeinen Hochschulreife. Die Bedingung ist der erfolgreiche Abschluss eines fünfjährigen Lehrgangs an einer staatlichen Sekundarschule mit einer einheitlichen Prüfung. Die berufliche Ausbildung ist auch in regionalen Berufsbildungszentren möglich, die zwei- oder dreijährige Lehrgänge anbieten und mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss enden. Danach können die Absolventinnen und Absolventen in einem bestimmten Berufsfeld tätig werden oder sich für höhere Tätigkeiten im gleichen Feld qualifizieren. Berufslehren im Sinne des dualen Systems sind auch hier unbekannt. Es gibt verschiedene Anlernsysteme, aber keine gesetzlich geregelten Ausbildungen zwischen Schule und Berufsfeld.

Die Absolventinnen und Absolventen der fünfjährigen Berufsschulen werden vom Arbeitsmarkt oft nicht angenommen. Über Praktika lassen sich Anschlüsse an Betriebe nicht oder nur sehr individuell erreichen. Nicht zufällig unterscheidet sich die Berufsausbildung in Südtirol von Italien.

- In Südtirol gibt es elf Landesberufs- und fachschulen, die zwei- oder dreijährige Lehrgänge im Sinne einer Vollzeitverschulung nach Abschluss der Sekundarstufe I anbieten und regional gut vernetzt sind.
- Daneben gibt es aber auch Berufslehren, die vergleichbar dem dualen System in der Schweiz mit Berufsschulen verknüpft sind.
- Der Abschluss dieser Lehren führt zu Gesellenbriefen, die wiederum zu Meisterlehren berechtigen, die im restlichen Italien unbekannt sind.
- In Südtirol besteht zusätzlich die Möglichkeit, über die Berufsschulen Technikerbriefe zu erwerben.
- Auch der Weg zur Berufsmatur wird angeboten, was nochmals die Ähnlichkeit zum Schweizer System aufzeigt.²²

Es gibt in Italien keine Fachhochschulen und somit auch keine geteilte Hochschulreife. Wer studieren will, muss eine Universität besuchen. Die Chancen werden von den Schulen vorsortiert. Die Studenten, die aus Lyzeen kommen, haben die besten Chancen, 66% von ihnen beenden mit Erfolg das Studium. Wer ein *istituto professionali* absolviert hat, reduziert seine Chancen beträchtlich. Nur 28% dieser Gruppe machen einen Universitätsabschluss, also erwirbt die „Laurea“. Das gilt für 42% der Studierenden, die aus einem *istituto magistrale* oder einem *istituto tecnico* an die Universität wechseln. Die Lyzeen sind vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern im Vorteil. 56.7% machen hier einen Abschluss, während das nur für 14.5% der Absolventinnen und Absolventen von *istituti professionali* gilt. Wer den Abschluss schliesslich erreicht, hat damit nicht schon gute Aussichten; nur 64% aller Akademiker haben Karrierechancen.

²¹ Die Ausbildung an Instituten für die *Scuola elementare* dauert fünf Jahre, die Ausbildung für *Scuola materna* drei Jahre.

²² <http://www.provinz.bz.it/berufsbildung/berufsschulen.htm>

Die Universitäten sind überfüllt, allein die *Università degli Studi di Roma La Sapienza* zählt derzeit 136.000 Studierende, gefolgt von der *Università degli Studi di Bologna* mit 97.000 Studierenden. Das führt zu ungewollten Selektionseffekten. Die Quote der Studienabbrecher ist hoch, ebenso die Studienverweildauer, und viele akademische Diplome sind am Arbeitsmarkt wenig wert.

- Derzeit beenden nur 53% der Studierenden das Universitätsstudium und durchschnittlich verlassen 20% die Universität nach dem dritten Semester, also im zweiten akademischen Jahr.
- Die Diplome stellen formal Überqualifizierungen dar und sind nur in wenigen Fällen mit Berechtigungen verbunden.²³
- Fast alle Schulabgänger können so studieren, unmittelbar nach Abschluss der *maturità* schreiben sich etwa 73% der Absolventinnen und Absolventen auch ein,
- aber längst nicht alle erhalten durch das Studium auch Chancen, die sie nutzen könnten (Berning 2002, Biagi 2002).²⁴

Die Wege von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt sind also sehr verschieden, wobei im europäischen Vergleich eine deutliche Verstärkung der *schulischen* Qualifizierung auf der Sekundarstufe II festzustellen ist. Anerkannte Berufslehren mit gesellschaftlichem Profil nach Abschluss der Sekundarstufe I gibt es nur in Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem, wobei auch in Deutschland und Österreich ein Trend in Richtung Vergrößerung der schulischen Ausbildungsanteile festzustellen ist. In Skandinavien ist der Gymnasialzweig der Sekundarstufe II faktisch die Verlängerung der Gesamtschule, ähnlich in Frankreich, dort einhergehend mit einer massiven Abwertung der beruflichen Qualifikation, oder in Italien, wo die Ausbildung in den Berufsschulen nicht mit wirksamen Berechtigungen verbunden ist wie etwa in der Schweiz.

- In vielen europäischen Bildungssystemen entfernt sich die Entwicklung von den Berufsfeldern,
- ohne wie in den Vereinigten Staaten auf funktionale Anlernsysteme zurückzugreifen.
- Eine immer ausgedehntere Verschulung ersetzt das *Learning-on-the-Job*.

Soweit die Staatsschulen, welche Rolle spielen die Privatschulen, die ja oft als die grosse Alternative zur „verkrusteten“ Staatsschule hingestellt werden und sich auch oft selbst so sehen?

3. Ein kurzer Blick auf die Privatschulen

Zur Einschätzung der Privatschulen in Europa gehört eine historische Prämisse: Die weitaus meisten Privatschulen befinden sich seit dem Ausgang des Kulturkampfes am Ende des 19. Jahrhunderts in kirchlicher Trägerschaft. Damit war zunächst ausgeschlossen, dass die Schulen staatliche Unterstützung erhielten, sie mussten sich selbst unterhalten und waren

²³ In der laufenden Studienreform wird zwischen der dreijährigen *laurea* und der zweijährigen *laurea specialistica* unterschieden. Davon sind Studiengänge wie die Humanmedizin ausgenommen. Sie dauern nach wie vor sechs Jahre. Für die Berufsausübung ist zusätzlich eine staatliche Prüfung erforderlich. Erst sie führt zur Berechtigung.

²⁴ Die Einführung von BA und MA-Studiengängen könnte diese Situation verändern.

also auf das Schulgeld oder die Unterstützung durch die Kirchen angewiesen. Dieser Sinn von „Privatschule“ ist zunehmend aufgeweicht worden. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts wurden kirchliche Schulen nicht nur in den katholischen Ländern immer mehr und immer höher subventioniert. Das gilt auch für die reformpädagogischen Gründungen, etwa die deutschen Landerziehungsheime am Bodensee oder im Schwarzwald.

Nur in der Schweiz und in England ist das bis heute anders, in beiden Ländern gibt es praktisch keine oder nur eine sehr geringe Bezuschussung privater Schulen, die 2.500 Franken kantonaler Beitrag in Baselland nach der Abstimmung über die freie Schulwahl sind da schon ein hoher Beitrag. Im Gegenzug sind die Privatschulen in der Gestaltung ihres Programms frei. Wenn sie mit Bildungsgutscheinen gewählt würden, müssten sie die staatlichen Curricula übernehmen und sich den gleichen Bedingungen unterwerfen, die im Schulbereich gelten. Das hat etwa die berühmteste Schule Englands - Summerhill - zu erheblichen Anpassungen gezwungen, ohne übrigens Staatsgelder zu erhalten. Man versteht so, warum sich manche Privatschulen gegen die Freie Schulwahl aussprechen, sie würden ihre Unabhängigkeit verlieren. Steiner-Schulen, die komplett den staatlichen Lehrplan übernehmen, verlieren zudem ihre reformpädagogische Besonderheit und so ihren Markenkern, falls das im Blick auf die Steiner-Schulen zu sagen erlaubt ist.

In vielen europäischen Ländern stellt sich die Situation der Privatschulen ganz anders dar, und dieser Unterschied erklärt zum Teil auch die politischen Vorstösse. Die „Elternlobby“ wird einen Blick auf die beiden grossen Kantone im Norden geworfen und unschwer die massive Differenz erkannt haben. Frankreich und Deutschland finanzieren die weitaus meisten ihrer Privatschulen nahezu vollständig, die Schweiz tut das nicht, wobei der Kanton Baselland wie gesagt noch vergleichsweise grosszügig ist. Dieser Vergleich mit dem Ausland spielte in der Kampagne kaum eine Rolle, aber hat den Initianten vermutlich gezeigt, was möglich ist.

Nicht nur die staatlichen Angebote unterscheiden sich, ganz verschieden im europäischen Vergleich ist auch der Anteil der Privatschulen am nationalen Bildungsaufkommen, und nochmals unterschiedlich ist der Charakter dieser Privatschulen. In Frankreich werden Privatschulen fast ausschliesslich von konfessionellen Trägern angeboten, in den Vereinigten Staaten sind Privatschulen vor allem Eliteschulen, die konfessionell wie nicht-konfessionell geführt werden, und in den Niederlanden werden konfessionelle Privatschulen komplett staatlich finanziert. Protestantische Länder haben einen weit geringeren Anteil an Privatschulen als katholisch geprägte Länder. „Homeschooling“ als nochmals andere Alternative zur staatlichen Bildungsversorgung gibt es als nennenswerte Bewegung bislang nur in den Vereinigten Staaten.²⁵

- Im Unterschied etwa zu Deutschland oder der Schweiz ist der Privatschulsektor in Frankreich bedeutsam.
- 13 Prozent aller Kinder besuchten im Schuljahr 1999/2000 eine private Vorschuleinrichtung,

²⁵ Eine Schulinitiative „Bildung zu Hause“ gibt es auch in der Schweiz: <http://www.bildungzuhause.ch/> Der entsprechende Verein ist am 12. Dezember 1998 gegründet worden. Die Hauserziehung während der obligatorischen Schulzeit ist in mehreren Kantonen rechtlich möglich, verlangt aber eine Bewilligung der Erziehungs-, bzw. Bildungsdirektionen. Sie üben auch die Aufsicht aus. Die Zahl der Bewilligungen ist verschwindend klein. Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten wurden 2005 landesweit von rund 53 Millionen Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen fünf und siebzehn Jahren (Zensus des Jahres 2000) mehr als 2 Millionen in verschiedenen Einrichtungen mit Homeschooling unterrichtet. Im Jahre 2000 waren es noch knapp 900.000. Die Zahlen steigen in allen Bundesstaaten. Es handelt sich um Schätzungen, eine genaue Statistik gibt es landesweit nicht. <http://homeschooling.gomilpitas.com/weblinks/numbers.htm>

- 15 Prozent der Primarschüler wurden in Privatschulen unterrichtet
- und 21 Prozent der Sekundarschüler nutzten Angebote ausserhalb des öffentlichen Sektors.

Fast alle diese *écoles libres* haben Verträge mit dem Staat und alle unterliegen der staatlichen Aufsicht. Die Schulen übernehmen vom Staat die obligatorische Bildungsversorgung und die Lehrkräfte erhalten im Gegenzug staatliche Gehälter. Das ist in Deutschland ähnlich, aber der Anteil der Schülerinnen und Schüler ist weitaus geringer, wobei zwischen den Schularten grosse Unterschiede bestehen.

- In England finanzieren sich die Privatschulen ausschliesslich aus dem Schulgeld.
- Es gibt derzeit in England über 2.500 *independent schools*, das sind 8% aller Schulen, in denen zwischen 6 und 7% Prozent der Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.
- Oft sind dies die extrem teuren Schulen der Elite.

Der Privatschulsektor in Deutschland und Österreich ist erheblich kleiner als in Frankreich. Auffällig in Deutschland ist die grosse Zahl privater Gymnasien, eine Schulform, die es in Frankreich gar nicht gibt. Die weitaus meisten der privaten Gymnasien werden in kirchlicher Trägerschaft geführt.

- Im Schuljahr 2005/2006 besuchten 10.6% aller Schülerinnen und Schüler diese Schulform, ein Jahr später waren es 10.7%.
- Der Anteil der Gymnasien an den Privatschulen insgesamt betrug im Schuljahr 2005/2006 40.4%.
- In erheblichem Abstand folgen mit 17.3% die privaten Realschulen und mit 12.0% die Freien Waldorfschulen.
- Im Schuljahr 2006/2007 besuchten nur 2.2% aller Schülerinnen und Schüler private Grundschulen.²⁶

Bei sinkenden Schülerzahlen steigt der Anteil der Privatschulen. Im Schuljahr 1991/1992 besuchten in Deutschland erst 4.8% aller Schülerinnen und Schüler eine Privatschule. Der über 15 Jahre stete Zuwachs erklärt sich durch gestiegene Nachfrage, aber auch durch den Nachholbedarf in den neuen Bundesländern. Hier wuchs die Zahl der privat verschulenden Schülerinnen und Schüler von 1,1% (1991) auf 4.6% (2005), was vor allem eine Folge ist des neuen Angebots von katholischen und protestantischen Privatschulen. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind gross, in Schleswig-Holstein besuchen 3.3% aller Schüler eine Privatschule, in Sachsen sind es 11.4%. Die Zahl in Sachsen erklärt sich vor allem durch die hohe Zahl der privaten Angebote im Berufsschulbereich.

4. Die skandinavischen Gesamtschulen

Alle skandinavischen Länder führen nicht-selektive Gesamtschulen bis zum 8. oder 9. Schuljahr. Das Ziel besteht darin, allen Schülern möglichst hohe Grundkompetenzen zu vermitteln. Das Ziel wird angestrebt durch eine starke, nicht-selektive Förderorientierung, die einhergeht mit einer klaren, auf Kompetenzen und Standards bezogenen Leistungsevaluation.

²⁶ Hier ist allerdings die höchste Zuwachsrate zu verzeichnen. Gegenüber 1995 liegt sie bei 61%.

Individuelle Förderung und Kontrolle der je erreichten Qualität sind keine getrennten Grössen, ohne die Qualitätsüberprüfungen mit Selektionen während der Schulzeit zu verbinden. Erst gegen Ende der regulären Schulzeit werden die Schüler in eine Leistungsrangfolge gebracht.

Das immer wieder herausgestellte finnische System der Gesamtschule sieht neun Jahre gemeinsamen Unterricht vor, in dem eine grundlegende Bildung für alle vermittelt wird.

- Unterschieden werden zwei Stufen, die Primärstufe der Gesamtschule (*Peruskoulun ala-aste*) und die Sekundärstufe (*Peruskoulun yläaste*).
- Es gibt keinerlei Aufnahmebedingungen und keine Examen.
- Das Abschlusszeugnis bezieht sich darauf, welches Lernpensum die Schülerinnen und Schüler absolviert haben.
- Alle Schüler erhalten einen Abschluss, der in etwa äquivalent ist mit der deutschen mittleren Reife oder einem schweizerischen Real-, bzw. Sekundarschulabschluss.

Repetitionen gibt es nur ganz selten und drohende Schulabbrüche werden gezielt verhindert. Das System kennt aufwändige Stütz- und Fördermassnahmen. Die Schulpflicht gilt als erfüllt, wenn das Lernpensum des grundlegenden Unterrichts erreicht ist.

Ein Notensystem ist vorhanden, es gibt Noten auf einer Skala von 4 bis 10, aber die Noten beschreiben das je erreichte Kompetenzniveau in bestimmten Lernbereichen und sind auf Förderung hin angelegt. Eine „gute Kompetenz“ stellt eine 8 dar. Der Lernfortschritt wird mit den Schülern und den Eltern kommuniziert. Das Jahrespensum kann individualisiert und modularisiert werden, vorausgesetzt, dass gleiche Ziele angestrebt sind und gleiche Kompetenzen erreicht werden können. Ein Schüler oder eine Schülerin gelten so lange als der neunten Klassenstufe zugehörig, bis er oder sie das gesamte Lernpensum des grundbildenden Unterrichts erfüllt haben und ein Abschlusszeugnis erhalten, es sei denn, das Alter der Schulpflicht²⁷ ist überschritten oder die betreffende Person verlässt die Schule aus eigenem Entschluss (Gäbler 2005).

Für den Übergang in die anschliessende dreijährige Oberstufe gibt es keinerlei Prüfungen, der Abschluss der Gesamtschule genügt als Berechtigung. Allerdings gibt es ein landesweites Bewerbungsverfahren, wobei für die Auswahl der Schülerinnen und Schüler ihre bisherigen Lernergebnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind, also kein Notendurchschnitt, der erreicht werden muss. Während der neunjährige gemeinsame Unterricht integral absolviert werden muss, kann die Sekundarstufe II je nach individuellem Lernverlauf minimal in zwei und maximal in vier Jahren durchlaufen werden. Die beiden Zweige auf der Sekundarstufe II²⁸ sind theoretisch durchlässig und aufeinander abgestimmt.

- Wer einen gymnasialen Abschluss gemacht hat, kann daran einen verkürzten beruflichen Abschluss anschliessen und umgekehrt.
- Aber die wenigsten tun das.
- Der Berufsbildungszweig hat eine hohe Drop-out-Quote, der Gymnasialzweig stellt eine soziale Selektion dar, die also erst jetzt stattfindet.

²⁷ Die allgemeine Lernpflicht beginnt in dem Jahr, in dem das Kind sein siebtes Lebensjahr vollendet hat. Sie dauert neun Jahre und endet, wenn das Lernpensum der Gesamtschule erreicht wurde oder zehn Jahre seit Beginn der Lernpflicht vergangen sind (Das finnische Schul- und Ausbildungswesen S 3).

²⁸ Gymnasium (*Lukio*) und Berufsfachschule (*Ammattikoulu*).

- Finnland hat eine immer noch hohe Jugendarbeitslosigkeit, auch weil betriebliche Lehren kaum angeboten werden.

Wer den Gymnasialzweig besucht, hat zur Voraussetzung Schulen mit ganz unterschiedlicher Reputation und Ausstattung. Selbst im obligatorischen Bereich ist das Angebot nicht gleich, weil die Gemeinden die Gesamtschulen verschieden ausstatten und auch zwischen ländlichen und städtischen Regionen trotz Finanzausgleich grosse Unterschiede bestehen.

Finnland ist bekanntlich ein Land mit einer grossen Fläche und einer immer noch sehr homogenen Kultur. Der Ausländeranteil beträgt landesweit keine zwei Prozent. Für den Gymnasialzweig verweisen finnische Daten darauf, dass hier der Bildungsstand und das Einkommen der Eltern eine zentrale Rolle spielen (Asplund/Leijola 2005). Die scharfe Differenz zwischen dem Gymnasial- und dem Berufsbildungszweig wird von der OECD damit in Verbindung gebracht, dass in Finnland kein duales System der Berufsbildung existiert und die Berufsschulen alleine für den Übergang in die Arbeitswelt zuständig sind, der damit dann oft nicht gelingt (OECD 2005, S. 26).

Am Ende der dreijährigen Gymnasialzeit steht das Matrikulationsexamen. Viele der Schüler bereiten sich darauf in privaten Klassen vor, die von den Eltern bezahlt werden müssen. Wer im Examen schlechtere Leistungen zeigt, kann nur an einer Fachhochschule studieren. Die 20 finnischen Universitäten und Hochschulen mit gleichen akademischen Rechten bieten Studienplätze für fast einen Drittel eines Jahrgangs, die Selektion erfolgt hier und sie ist scharf. Von den etwa 66.000 Bewerberinnen und Bewerbern des Jahres 2002 wurden nur 23.000 aufgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle Fachbereiche einen Numerus Clausus, wobei zwischen 1992 und 2002 die Zahl der Studierenden um 40% angestiegen ist.²⁹

Eine hohe Allgemeinbildung garantiert noch keine Beschäftigung. Beide PISA-Tests beschreiben nur die am Ende der Sekundarstufe I erreichte Qualität der Allgemeinbildung in ausgewählten Fächern; allein im Blick darauf gilt die höhere Qualität der skandinavischen Gesamtschulen, die über den Anschlussnutzen gar nichts aussagt. Die Qualität entsteht im Übrigen nicht, weil formal „Gesamtschulen“ existieren, sondern weil aufwändige Förderprogramme eingesetzt werden und die Schulpflicht notfalls um ein Jahr verlängert werden kann, wenn die Ziele nicht erreicht werden.³⁰ Das Erfolgsrezept ist Zielsteuerung, integrierte Förderung und kleine Schülerzahlen bei einer sehr homogenen kulturellen Umwelt, wie dies zum Beispiel auch in Japan der Fall ist. Sind diese Faktoren nicht gegeben, kann man den statistischen Wettbewerb mit diesen Ländern auch nicht gewinnen.

Das Studium selbst ist gebührenfrei. Die Auswahl aus einem breiten Bewerberkreis legt fest, wer am Ende an den Universitäten studiert und wer nicht. Diese Auswahl ist definitiv. Im Ergebnis studieren an Universitäten aber kaum mehr als in Deutschland. Der entscheidende Strukturwandel in Finnland bestand im Anheben der oberen

²⁹ Daten nach: *Higher Education in the Nordic Countries* (2003).

³⁰ Ein Notensystem ist vorhanden, es gibt Noten auf einer Skala von 4 bis 10, aber die Noten beschreiben das je erreichte Kompetenzniveau in bestimmten Lernbereichen und sind auf Förderung hin angelegt. Eine „gute Kompetenz“ stellt eine 8 dar. Der Lernfortschritt wird mit den Schülern und den Eltern kommuniziert. Das Jahrespensum kann individualisiert und modularisiert werden, vorausgesetzt, dass gleiche Ziele angestrebt sind und gleiche Kompetenzen erreicht werden können. Ein Schüler oder eine Schülerin gelten so lange als der neunten Klassenstufe zugehörig, bis er oder sie das gesamte Lernpensum des grundbildenden Unterrichts erfüllt haben und ein Abschlusszeugnis erhalten.

Sekundarschulabschlüsse zwischen 1970 und 2000,³¹ was über die soziale Stratifikation der Studierenden aber gar nichts aussagt. Wer am Ende studiert und wer nicht, hat ebenso Merkmale der sozialen Herkunft wie in anderen Ländern. Entscheidend ist aber auch hier, wer mit welchen Qualifikationen den Arbeitsmarkt erreicht.

Das finnische System lässt sich nur schwer vergleichen mit einem gymnasialen System der frühen Auslese, wie es in Deutschland und Österreich praktiziert wird. In der bildungspolitischen Diskussion in beiden Ländern wird häufig das Gymnasium gegen die Gesamtschule ausgespielt, ohne zu bedenken, dass Gesamtschulsysteme sehr unterschiedlich sein können, und nicht einfach als politisches Ideal zu verstehen sind. Selektive Systeme haben nicht nur Nachteile, wenn der Arbeitsmarkt und die schulischen Berechtigungen, also die realen Lebenschancen, den Massstab darstellen. Der PISA-Test allein genügt nicht; er sagt wenn, dann etwas über die Qualität der schulischen Allgemeinbildung am Ende der obligatorischen Schulzeit, nicht über die Verwendbarkeit der Allgemeinbildung.

5. *Deutschland und Österreich*

Das gymnasiale System in Deutschland und Österreich ist ein System direkter Qualifizierung für Hochschulstudien, daneben besteht wie in der Schweiz ein entwickeltes System der Berufsbildung. In Japan und Finnland läuft das Bildungssystem auf Hochschulausbildungen zu, Deutschland und Österreich verknüpfen Schulabschlüsse der Sekundarstufe I mit anspruchsvollen Berufslehren, die in Japan ebenso wie in Finnland weitgehend unbekannt sind.

- Ein Vorteil dabei ist der frühe Zugang zum Arbeitsmarkt und die nicht hinausgezögerte Erwerbstätigkeit.
- Zudem bietet das Ausbildungssystem verschiedene Wege, die ja nach Interesse und Leistung gewählt werden können.
- Wer nicht an einer Hochschule studieren will, fällt grundsätzlich nicht aus dem System heraus, wenngleich sich Probleme in der Verwendbarkeit unterer Bildungsabschlüsse zeigen.

Gymnasien in Deutschland und Österreich werden frei von Gebühren stufenübergreifend geführt und sind getrennt von beruflichen Ausbildungen, die aber eigene Wege zum Abitur, bzw. zur Maturität kennen. Die gymnasialen Lehrgänge umfassen die beiden Sekundarstufen mit einem ununterbrochenen Zug.

- Die Zuweisung der Schüler erfolgt in Deutschland nach der Grundschule, also mit Abschluss der vierten Klasse.
- Nur in zwei Bundesländern, nämlich Berlin und Brandenburg, dauert die Grundschule sechs Jahre, entsprechend beträgt die Dauer des Gymnasialbesuchs in diesen Ländern ebenfalls sechs Jahre.
- Mit dem Schuljahr 2004/2005 sind in fast allen deutschen Bundesländern die gymnasialen Lehrgänge von neun auf acht Jahre verkürzt worden.

³¹ 1970 machten in Finnland 181.857 Personen einen oberen Sekundarschulabschluss, im Jahre 2000 waren dies bei etwa gleich bleibender Bevölkerung 351.742. Auch die Abschlüsse auf dem unteren Niveau der Tertiärstufe haben sich verdoppelt. (Quelle: Statistics Finland mit Mail vom 22. 08. 2005)

Nur im Bundesland Rheinland-Pfalz wird der Besuch des Gymnasiums nach achteinhalb Jahren abgeschlossen. In Österreich beträgt die Ausbildungsdauer nach der vierjährigen Volksschule bis zur Matur durchgehend acht Jahre, unterschieden nach Unterstufe (fünftes bis achtes Schuljahr) und Oberstufe (neuntes bis zwölftes Schuljahr).

Die Ausbildung im Gymnasium in Deutschland und Österreich nimmt bei vergleichbaren Abschlüssen doppelt so viel Zeit in Anspruch wie der Besuch von Schweizer Kurzzeitgymnasien. Langzeitgymnasien sind in der Regel zwei Jahre kürzer als deutsche oder österreichische Regelgymnasien. Der hauptsächliche Grund dafür ist die vierjährige Grund- oder Volksschule. In fast allen Kantonen der Schweiz gibt es sechsjährige Primarschulen, nach denen die Selektion in zwei oder drei weiterführende Schulen stattfindet.³² Ein grosser Teil der Schüler wechselt erst nach der achten oder neunten Klasse in die Maturitätsschulen, während in Deutschland und Österreich zusammenhängende achtjährige Lehrgänge bestehen, die an ein- und derselben Schule besucht werden. Die Schülerinnen und Schüler erfahren bis zur Matur nur zwei Schulen, was bei Schweizer Kindern nur dann der Fall ist, wenn sie nach der Primarschule in ein Untergymnasium wechseln.

An vielen Schweizer Standorten ist das nicht oder nicht mehr möglich, während in Deutschland die Regelgymnasien in fast allen Bundesländern achtjährige Lehrgänge anbieten, die allerdings in sich stark selektiv sind.

- Ein beträchtlicher Teil der Schülerinnen und Schüler wird an deutschen Gymnasien vor Erreichen des ersten Abschlusses nach fünf Jahren und so vor Beendigung der neunjährigen Schulpflicht relegiert³³ und an Real- oder Hauptschulen verwiesen, wo sie dann einen Abschluss machen können.
- Durchlässigkeit in der umgekehrten Richtung ist faktisch nicht vorhanden.
- Weder deutsche noch österreichische Gymnasien kennen Aufnahmeprüfungen, es gibt keine Probehalbjahre nach Aufnahme und auch keine vorläufigen Promotionen.

Die Entwicklung seitdem lässt sich mit einigen Zahlen beleuchten:

- 1960 erwarben nur 6.1% der Schulabgänger die allgemeine Hochschulreife und dies ausschliesslich an Gymnasien.
- Die Quote stieg bis 1991 auf 26.9%, schwankte dann leicht um diesen Wert, der exakt im Jahr 2002 wieder erreicht wurde.
- Immer noch ist das Gymnasium der Hauptträger, aber die allgemeine Hochschulreife kann inzwischen auch an anderen Schulen erworben werden.

Neben dem gymnasialen ist ein zweiter Weg zur Hochschulreife etabliert worden, nämlich die Fachhochschulreife. Die ersten Abschlüsse lagen - seinerzeit fast unbeachtet - schon 1970 vor, als 0.5% aller Absolventen eines Jahrgangs diesen Abschluss erreichten. Der Wert stieg bis 1991 auf 10.4% an und erreichte 2002 die Marke von 11.5% (Grund- und Strukturdaten 2004, S. 91). Für das gleiche Jahr zeigen die Schulabschlüsse insgesamt eine Dominanz der mittleren Abschlüsse, die Voraussetzung für attraktive Berufslehren sind und dann wie gesagt auch weitere Bildungswege eröffnen.³⁴ Die zunehmende Krise der

³² Ein Sonderfall ist der Kanton Aargau, in dem die Selektion immer noch nach fünf Jahren erfolgt.

³³ Das ist historisch nie anders gewesen, auch nicht, als die Abiturientenzahlen kaum 2% eines Jahrgangs betragen, also Mitte des 19. Jahrhunderts.

³⁴ Von den 894.420 Schulabgängerinnen und Schulabgängern der allgemeinbildenden Schulen machten in Deutschland im Jahre 2002 237.893 einen Hauptschulabschluss, 376.202 machten einen Realschulabschluss oder

Hauptschule ist in dieser Entwicklung deutlich erkennbar. Aus der Volksschule wurde die „Restschule“, wenngleich nicht überall.

Im Blick auf den Hochschulzugang spricht man heute im unvergleichlichen Behördendeutsch von der „Studienberechtigten-Quote“.

- Diese Quote beschreibt den Anteil der Absolventen eines Jahrgangs, die die Fachhochschulreife *und* die allgemeine Hochschulreife erworben haben, im Verhältnis zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung.
- Im Jahr 2006 betrug diese Quote 43,1 Prozent, sie ist gegenüber dem Vorjahr³⁵ leicht gestiegen.
- Die Quote besagt, wer den Zugang zu den Fachhochschulen und den Universitäten erhalten hat, wobei ein Studienabschluss an Fachhochschulen in aller Regel ein Weiterstudium an den Universitäten gewährleistet.

Die „Abiturientenquote“ bezieht sich, was in der Diskussion oft übersehen wird, nur auf den gymnasialen Abschluss und so auf die allgemeine Hochschulreife. Diese Quote betrug im Jahre 2006 bundesweit 29,7 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, während die Fachhochschulquote weitgehend stabil ist.³⁶ Beide Quoten zusammen ergeben die Prozentzahl von Schülerinnen und Schülern, die nach Abschluss ihrer Schulzeit ein Studium aufnehmen können. Hinzugefügt werden muss, dass die anderen Schulabschlüsse nicht einfach nichts wert sind, nur weil sie mit keiner Studienberechtigung verbunden sind.

Angenähert die Hälfte der Absolventen deutscher Schulen kann also studieren, allerdings müssen grosse regionale und sogar lokale Unterschiede in Rechnung gestellt werden. Die blosse Zahl der Abschlüsse ist nicht sehr aussagekräftig, wie sich am Problem nicht der gleichen, sondern der ungleichen Chancen leicht zeigen lässt. Die Chance, in Hamburg Abitur zu machen ist weitaus grösser als in Bayern, allerdings ist auch die Chance, mit einem Hauptschulabschluss keine Lehrstelle zu finden und arbeitslos zu werden, in Hamburg weit grösser als in Bayern. In Regionen mit einem hohen Anteil an handwerklichen Betrieben sieht die Lehrstellensituation sehr anders aus als in Grosstädten mit einem stark zurückgehenden Anteil von Industrieunternehmen. Der Dienstleistungssektor reagiert auf Bildungsabschlüsse nochmals anders.

Keine Gesamtschule wird das ändern. Und was Schulen auch nur tun können, ist neben den Abschlüssen die Vermittlung einer qualitativ hochstehenden Allgemeinbildung für alle Kinder unabhängig von der Schulform. Bei allen Unterschieden, im europäischen Vergleich heisst das, es wird früher angefangen und später getrennt. Aber es gibt im europäischen Umfeld auch keine Sehnsucht nach dem Gymnasium.

einen damit vergleichbaren Abschluss, 223.249 erwarben die allgemeine Hochschulreife und 12.076 die Fachhochschulreife. An den Beruflichen Schulen betrug die Gesamtzahl der Abgänger im Jahre 2002 251.799 Schülerinnen und Schüler. Von ihnen machten 50.186 einen Hauptschul- und 75.440 einen Realschulabschluss, 30.063 erwarben die allgemeine Hochschulreife und 96.110 die Fachhochschulreife (Grund- und Strukturdaten 2004, S. 96f.).

³⁵ Am Ende des Schuljahres 2004/2005 betrug die Studienberechtigten-Quote 42,5 Prozent. Alle Angaben gemäss Bundesamt für Statistik in Wiesbaden.

³⁶ Die Quote für die allgemeine Hochschulreife betrug am Ende des Schuljahres 2004/2005 42,5 Prozent. Die Fachhochschulreife sank von 13,7 Prozent im Jahr 2004/2005 auf 13,4 Prozent im Jahre 2005/2006, also ist nahezu konstant.

Literatur

- Asplund, R./Leijola, L.: Education and Wage Inequality in Finland: A Review of the Empirical Evidence. In: R. Asplund/E. Barth (Eds.): Education and Wage Inequality in Europe. Helsinki: ETLA 2005.
- Berning, E.: Hochschulen und Studium in Italien. München: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung 2002.
- Biagi, M.: Università e orientamento al lavoro del doporiforma: verso la piena occupabilità. In: *Diretto delle Relazioni industriali* 2002, S. 343-356.
- Das finnische Schul- und Ausbildungswesen. FINFO Nr. 3 (2002). Helsinki: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 2002.
- Döbert, H./Hörner, W./von Kopp, B./Mitter, W. (Hrsg.): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren: Schneider Verlag 2002.
- Gäbler, Chr.: Grundbildender Unterricht an Schulen in Finnland. Unterricht für alle Schüler von Klasse 1 - 9. <http://christoph-gaebler.de/finnland.htm>
- Grund- und Strukturdaten 2003/2004. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn/Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2004.
- Higher Education in the Nordic Countries. 2003. http://www.abo.fi/norden/welcom_e.htm
- Hödl, E.: Hochschulzugang in Europa. Ein Ländervergleich zwischen Österreich, Deutschland, England und der Schweiz. Wien/Graz: Böhlau Verlag 2002. (= Studien zu Politik und Verwaltung, Band 77)
- Lauer, Ch.: Bildungspolitik in Frankreich. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung 2003. (DiscussionPaper No. 03-43).
- OECD: Equity in Education. Thematic Review. Finland. Country Note. Paris: OECD 2005.
- Oelkers, J.: Die Qualität der Gymnasien. Eine Expertise für den Kanton Zürich. Bern: h.e.p. Verlag 2008.
- Oelkers, J./Reusser, K.: Expertise: Qualität entwickeln - Standards sichern - mit Differenz umgehen. Unter Mitarbeit von E. Berner/U. Halbheer/St. Stolz. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008.
- Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten. Herausgegeben vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bonn: BMBF 2003.